

## ARBEIT

## Jobcenter fordert mehr Geld vom Bund

**CHAM.** Das Sozialgesetzbuch II schreibt für jedes der mehr als 400 Jobcenter in Deutschland die Bildung eines Örtlichen Beirats vor. Der Örtliche Beirat hat die Aufgabe, das Jobcenter bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und Eingliederungsmaßnahmen zur Betreuung und Integration von erwerbsfähigen Hartz IV-Leistungsberechtigten zu beraten. Im Örtlichen Beirat des Jobcenters im Landkreis Cham sind acht Vertreter der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Bayerisches Rotes Kreuz, Caritas und Diakonie), der Handwerkskammer/Kreishandwerkerschaft, der Industrie- und Handelskammer sowie der Gewerkschaften vertreten: Edi Hochmuth (Stellv.: Wera Müller), Manfred Aschenbrenner (Werner Duschner), Doris Fischer (Andreas Jordan), Oswald Probst (Johanna Gruber), Werner Decker (Anton Aumer), Andreas Heeb (Richard Brunner), Werner Schwarzbach (Leo Knabe) und Edeltraud Sander (Franz Aschenbrenner).

In der Herbst-Sitzung befassten sich die Beiratsmitglieder unter dem Vorsitz von Jobcenter-Geschäftsführer Josef Beer neben den aktuellen Ergebnissen auch mit der Maßnahmenplanung für das kommende Jahr. Für die Erfolge bei der Integration vor allem von Langzeitarbeitslosen im laufenden Jahr zollten die Beiratsmitglieder den Mitarbeitern des Jobcenters größten Respekt. Die bisher 541 Integrationen seien keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis harter Arbeit und intensiver Kooperation mit allen am Arbeitsmarkt Beteiligten.

Besonders positiv nahmen die Beiratsmitglieder zur Kenntnis, dass seit Mitte 2015 bereits 100 anerkannte Flüchtlinge in Arbeit und 32 in Ausbildung gebracht werden konnten. Damit werde das Jobcenter vor allem auch dem gesellschaftspolitischen Auftrag bestmöglich gerecht, die anerkannten Flüchtlinge mit geeigneten Maßnahmen und einer intensiven Betreuung schnellstmöglich zu integrieren.

Diesem Ziel will sich das Jobcenter auch im kommenden Jahr wieder verschreiben. Dabei werden sich die Betreuungs- und Integrationsbemühungen des Jobcenters neben den Langzeitarbeitslosen (Personen, die länger als ein Jahr Hartz IV-Leistungen beziehen) und den anerkannten Flüchtlingen nach wie vor auch auf die Gruppen der jüngeren, Älteren, Alleinerziehenden und Schwerbehinderten beziehen. Dementsprechend werden wieder alle Zielgruppen in der Planung der Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen berücksichtigt, wobei jedoch aufgrund des vom Bund deutlich reduzierten Eingliederungsbudgets die Zahl der Maßnahmenteilnehmer zurückgehen wird. Diese Entwicklungen nahmen die Beiratsmitglieder zum Anlass, ihre einhellige Zustimmung zur Maßnahmenplanung 2018 mit der Forderung nach mehr Geld vom Bund für das Jobcenter zu verbinden. Nur mit einer ausreichenden Finanzausstattung könne das Jobcenter auch in Zukunft erfolgreich sein, waren sich die Beiratsmitglieder einig.



**Die Beiratsmitglieder ließen sich von den Vertretern des Jobcenters informieren.**

FOTO: JOBCENTER